

## Jubiläumsveranstaltung am 17. Mai 2023

### 75 Jahre Institution Gemeindevertretung / Stadtverordnetenversammlung

#### Rede des Stadtverordnetenvorstehers Torsten Reinheimer

[Anrede],

ich freue mich sehr, als aktueller Stadtverordnetenvorsteher **das** Gremium würdigen zu dürfen, das im Jahr 2021 auf eine 75 Jahre alte Geschichte in Ginsheim-Gustavsburg zurückblicken konnte. Es geht um die Institution der Gemeindevertretung, aus der nach der Stadtwerdung unsere Stadtverordnetenversammlung hervorging.

Bei 10 Minuten avisierte Redezeit liegt es in der Natur der Sache, dass ich Ihnen keinen erschöpfenden historischen Überblick zur Entwicklung der beiden Gremien bieten kann – und das wäre vielleicht auch nicht in Ihrem Interesse...

Ich beschränke mich daher auf lokale Glanzlichter und lege meinen Schwerpunkt auf die Anfangsjahre der Gemeindevertretung, die sich offensichtlich schwertat, sich als eine echte Einheit der Gemeinde Ginsheim-Gustavsburg zu verstehen oder gar eine solche abzubilden. Man dachte damals und leider – vereinzelt noch heute – in separaten Kategorien: Gustavsburg und Ginsheim.

Woher ich von diesen Anlaufschwierigkeiten des Gremiums weiß? Ein Gang in das Kellerarchiv im Rathaus Ginsheim sowie die gewinnbringende Nutzung der Forschungen unseres Stadtschreibers Hans-Benno Hauf eröffneten mir spannende Einblicke in die frühen Sitzungen der Gemeindevertretung, die das nahelegen.

An einem dreifachen Jubiläumsabend sei es mir erlaubt, die gewonnenen Erkenntnisse zu teilen und mit meinem Beitrag an die Anfänge unserer Gemeindevertretung zu erinnern.

Alles beginnt am 12. Februar 1946 im Rathaussaal zu Ginsheim. An diesem Tag tritt die am 27. Januar neu gewählte Gemeindevertretung von Ginsheim-Gustavsburg erstmals zusammen. Die Gruppe setzt sich zusammen aus

Käthe Bender, Karl Best, Gustav Brunner, Ernst Flechs, Heinrich Hofmann, Hans Jäger, Anton Mathes, Philipp Reibold, Walter Reichert, Georg Reinheimer und Wilhelm Reinheimer. Außerdem anwesend sind der Bürgermeister Otto Wanner und die Beigeordneten Josef Heim und Ludwig Rauch.

Zunächst werden die Gemeindevertreter und die erste und einzige Gemeindevertreterin, Käthe Bender, vom Bürgermeister Otto Wanner mit dem Hinweis auf die Gemeindeordnung in ihr Amt eingeführt und mit Handschlag verpflichtet.

Mit neun gegen vier Stimmen wird nach § 5 des Gemeindewahlgesetzes beschlossen, die Zahl der Gemeindevertreter auf insgesamt achtzehn zu erhöhen und zwar auf neun Vertreter pro Ortsteil.

Im zweiten Teil der Tagesordnung bestimmen Gemeindevertreter einstimmig, dass die Stellen des Bürgermeisters und des Ersten Beigeordneten hauptamtlich verwaltet werden sollen, wobei Bürgermeister und Erster Beigeordneter nicht aus demselben Ortsteil stammen dürfen.

Sie sehen, hier ist man noch sehr dem Denken in Ortsteilen verhaftet!

Außerdem wird aus der Gruppe der Vertreter des jeweiligen Ortsteils ein ehrenamtlicher Beigeordneter gewählt. Für jeden Ortsteil sind zudem zwei Sekretäre hauptamtlich einzustellen. Für beide Ortsteile gleichermaßen zuständig sind hauptamtlich ein Gemeinderechner, ein Gemeindebaumeister und ein Polizeimeister. Dem Polizeimeister werden die erforderlichen Polizisten und Hilfspolizisten zugestanden.

Die sonstigen für die Verwaltung notwendigen Hilfskräfte werden entsprechend dem Bedarf von der Gemeindevertretung bestellt.

Nach einer Erklärung der Gustavsburger Gemeindevertreter und weiteren Mitteilungen schließt der Bürgermeister die Sitzung.

Die von den Herren Karl Best, Gustav Brunner, Ernst Flechs, Josef Heim, Hans Jäger, Anton Mathes und Walter Reichert unterzeichnete „Gustavsburger Erklärung“ ist uns im Wortlaut erhalten und unbedingt zitierwürdig:

*„Nach dem Loslösen der rechtsrheinischen Vororte von Mainz ist Gustavsburg zunächst als unabhängige Gemeinde aufgetreten, bis durch Verfügung des Landratsamtes Groß-Gerau die Gemeinden Ginsheim und Gustavsburg zu einer Verwaltungseinheit Gustavsburg-Ginsheim zusammen gelegt wurden. Der Gustavsburger Gemeindeausschuß ist der Auffassung, daß diese Verwaltungseinheit nicht eine Zusammenlegung der Gemeinden zu einer Gemeindegemeinschaft bedeutet, sondern lediglich eine Einheit der Gemeindeverwaltung bzw. ihrer Organe darstellt.*

*Der Gustavsburger Gemeindeausschuß gibt weiterhin der einheitlichen Auffassung der Gustavsburger Bevölkerung dahingehend Ausdruck, daß außer der Tatsache, daß Ginsheim und Gustavsburg früher einmal eine Gemeinde waren, keinerlei Gründe für die Wiedervereinigung dieser beiden Gemeinden bzw. ihrer Verwaltungsorgane bestehen.*

*Die Gesamtbevölkerung von Gustavsburg bejaht eine eindeutige Trennung von Ginsheim und Gustavsburg und aus diesem Grunde werden die Gustavsburger Gemeindeausschussmitglieder bei den hierfür zuständigen deutschen Behörden entsprechenden Antrag einreichen. Dieser Schritt soll nicht etwa die bestehenden guten nachbarlichen Beziehungen zwischen den beiden früheren Stadtteilen Ginsheim und Gustavsburg stören, sondern ist diktiert von rein fortschrittlichen und sachlichen Überlegungen.“*

Dieser Einblick in die konstituierende Sitzung unserer Gemeindevertretung während der amerikanischen Besatzung zeigt deutlich auf, vor welchen grundsätzlichen Schwierigkeiten die Lokalpolitik seinerzeit stand. Ich spreche hier nur von einem Stimmungsbild zwischen Ortsteilen, ohne die Frage von personellen Demontagen, Denazifizierungen und den Aufbau politischer Strukturen einer zerbrochenen Welt überhaupt nur streifen zu können.

Selbst die Problematik der Zugehörigkeit zu Ortsteilen, die Frage von Identifizierung mit einer Gemeinschaft, kann ich hier nur anreißen. Sie ist viel zu komplex, um sie weiter zu verfolgen.

Stattdessen möchte ich Ihren Blick auf unsere erste Gemeindevertreterin, Käthe Bender, lenken.

Wenn man unsere 37-köpfige Stadtverordnetenversammlung betrachtet, die sich aus 20 Männern und 17 Frauen annähernd paritätisch zusammensetzt, erscheint die Tatsache, dass Käthe Bender im Jahr 1946 als einzige Frau in die Gemeindevertretung einzog, für eine kleine Gemeinde wie Ginsheim-Gustavsburg epochal. Käthe Bender war 22 Jahre lang für die Gemeindevertretung tätig und hat sich in der von Männern dominierten Nachkriegszeit in bewundernswerter Weise für die Belange unserer Stadt eingesetzt. Dass sie die Zeit gleichermaßen als Ehre und gesundheitlich belastend empfand, wird in ihrem Rücktrittersuchen an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung, Ferdinand Wetterau, deutlich.

Am 21. Februar 1968 schreibt sie ihm, dass sie aus gesundheitlichen Gründen zum 1. März als Gemeindevertreter(!) und Mitglied des Finanzausschusses zurücktreten müsse. Wie schwer ihr der Rücktritt fällt, zeigt das Ende ihres Briefes...

*„Nachdem eine Kur nicht den gewünschten Erfolg gezeigt hat, ist es mir nicht mehr möglich, die Belastungen weiter auf mich zu nehmen. Ich darf noch bemerken, daß ich seit 1946 mit Liebe und Interesse mitgearbeitet [habe] und neben den Aufgaben die zu lösen waren, auch manch schöne Stunde erleben durfte.“*

Ich denke, Sie stimmen mir zu, dass sich an dem Spannungsfeld, das Käthe Bender benennt, nichts geändert hat. Auch wir arbeiten ehrenamtlich zwischen den Polen „Interesse an der Arbeit für das Gemeinwohl“ und „eigene Belastbarkeit“.

Nachdem ich Ihnen mit Käthe Bender eine Vorreiterin der kommunalen Demokratie kurz vorstellen durfte, möchte ich zum Ende meiner Rede einige wenige Themen herausgreifen, die unser Vorgängerorgan in seinen Sitzungen verhandeln musste. Dabei wird gleichzeitig deutlich, wie stark die Anfangsjahre des Gremiums von den schrecklichen Kriegsfolgen einerseits und sehr praktischen Fragestellungen des Alltags andererseits geprägt waren. Wohl wissend, dass ich einen starken Kontrast vorstelle, möchte ich ihn dennoch benennen.

Mit einem Beispiel aus der letzteren Rubrik versuche ich das zu verdeutlichen:

Im landwirtschaftlich geprägten Ortsteil Ginsheim gab es lange Zeit eine gemeindeeigene Vatterhaltung, die in einem sogenannten Fasel- oder Zuchttierstall erfolgte. 1952 beispielsweise kaufte der Gemeindevorstand zwei Ziegenböcke für diesen Faselstall. Die Landwirte konnten ihre Tiere dort gegen Gebühr decken lassen.

So betrug 1948 die Deckgebühren für Großvieh 5, für Schweine 4 und für Ziegen 3 Deutsche Mark. Das Geschäft war für die Gemeinde nur so lange lukrativ, als ihre Ankäufe sich über diese Einnahmen amortisierten. Dem war nicht immer so. In den 1950er Jahren kam es in der Gemeindevertretung wegen eines Fasel-Ebers zu einer offenen Auseinandersetzung. Damals waren zwei Eber eingegangen, ein dritter auf Kosten der Gemeindekasse angeschafft worden. Ein Gemeindevertreter sprach aus, was andere nur dachten:

*„Ich habe gehört, der neue Eber wäre auch schon wieder krank, kann man den nicht versichern?“ Die Antwort ist überliefert: „Der neue Eber ist nicht krank, der ist sogar willig - nur etwas träge!“*

Ein Problem, das uns heute amüsant und wie aus einer fremden Welt gefallen erscheinen mag, war eines von zahlreichen Themen, das die Gemeindevertretung diskutieren und bewerten musste.

Die zentralen Themen der Nachkriegsjahre im zerbombten Ginsheim-Gustavsburg – für die Gemeindevertretung und natürlich die Verwaltung – waren allerdings andere: die Beseitigung von Kriegsschäden und die Versorgung und Unterbringung der zahlreichen sogenannten „Ostflüchtlinge“.

In der Niederschrift über die Sitzung der Gemeindevertreter vom 30. September 1948 heißt es unter Tagesordnungspunkt 5:

*„Für die Beseitigung von Splittergräben in Gustavsburg wird einstimmig ein Kredit in Höhe von 3000,- DM bewilligt. Bei dieser Gelegenheit wird angeregt, gelegentlich auch die noch in Ginsheim vorhandenen Splittergräben zu entfernen.“*

Am 14. Februar 1946 schreibt die Bürgermeisterei Ginsheim-Gustavsburg an das Landratsamt des Landkreises Groß-Gerau, konkret an den Kommissar für Flüchtlingsbetreuung, Dr. Doerell, dass die verfügte Sammlung für Ostflüchtlinge in Ginsheim-Gustavsburg noch nicht stattgefunden hat. Begründet wird das wie folgt: *„Wir waren vielmehr der Ansicht, dass wir eine solche Sammlung erst nach Eintreffen der Flüchtlinge vornehmen sollten und uns dadurch ein besseres Ergebnis versprochen. Wir werden nachdem nun die ersten Flüchtlinge bei uns eingetroffen sind, in Kürze eine solche Sammlung durchführen und das Ergebnis ihnen dann mitteilen.“*

Nur einen Tag später erhält Ginsheim-Gustavsburg einen Zuweisungsbescheid zur Aufnahme von 45 Flüchtlingen aus einem ersten Sonderzug.

[Anrede], sehr geehrte Damen und Herren,

wenn man so tief eintaucht in die Anfänge unseres Gremiums, fällt das Auftauchen schwer: Ich beende meine Zeitreise dennoch an dieser Stelle und danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.